

Pressemitteilung

Potsdam, 11. Juni 2023 / 22 Siwan 5783

Potsdams antisemitische Partnerschaft

Der Oberbürgermeister Mike Schubert muss zurücktreten!

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam, Mike Schubert (SPD), hat keine Zeit, sich um die erheblichen Probleme der Flüchtlinge aus der Ukraine zu kümmern. Auch nicht um die erheblichen Probleme der Stadt und der Stadtverwaltung.

Dafür müsste man Zeit investieren, zusätzliches Personal bei den ohnehin sehr schlecht besetzten Fachbereichen wie Ausländerbehörde, Sozialamt und Wohnungsamt usw. einstellen, anständige Unterbringungsräumlichkeiten für Flüchtlinge schaffen, Wohnungen bauen und marode Straßen und Bürgersteige reparieren lassen, die Fußgängerzonen und Touristenstellen für die Sommerzeit vorbereiten, die katastrophalen Finanzprobleme der Stadt lösen und Vieles mehr. Für diese Arbeit benötigt man Fähigkeiten, Erfahrung, soziales Engagement, Verantwortlichkeit, Seriosität.

Das alles hat Mike Schubert nicht. Er hat in seinem Berufsleben keine nennenswerte Berufserfahrung gesammelt, nicht einmal einen kleinen Betrieb geleitet. Nach einem gescheiterten Versuch, sich als Einzelhandelskaufmann selbstständig zu machen oder freiberuflich zu arbeiten, hat sich Mike Schubert für einen finanziell sicheren und seinen (Un)Fähigkeiten entsprechenden Lebensweg entschieden, in die Politik zu gehen.

1995 trat der 22-jährige Mike Schubert in die SPD ein. Während seines 1997 ohne Abitur begonnenen Studiums an der Universität Potsdam war Schubert plötzlich Mitarbeiter verschiedener Landtagsabgeordneter. 1998 gehörte er der Stadtverordnetenversammlung in Potsdam an und 2005 war er schon Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion. 2008 ist er Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Potsdam.

Ab September 2016 wurde Schubert trotz fehlender Erfahrung und Qualifikation als Beigeordneter für Soziales, Gesundheit, Jugend und Ordnung der Landeshauptstadt Potsdam eingestellt und im Jahr 2018 zum Oberbürgermeister Potsdams gewählt.

Wie schon für seinen Vorgänger Jann Jacobs, kommt für Herrn Schubert der Wiederaufbau des vernichteten jüdischen Lebens in Potsdam nicht in Frage. Dafür hat die SPD-regierte Landeshauptstadt seit 1990 außer Sonntagsreden und Gedenksträußen nichts getan.

Der Vorstand der Gesetzestreuen Jüdischen Landesgemeinde Brandenburg hat den Oberbürgermeister Schubert immer wieder um die dringend benötigte Unterstützung bei den Gemeinderäumen für die Potsdamer Religionsvereinigung der Gesetzestreuen Juden und für die von der Landesgemeinde getragene Jüdische Volkshochschule Potsdam gebeten. Darauf bekam die Landesgemeinde Ende 2020 eine offizielle Ablehnung.

Seine Ablehnung des Judentums und Sympathien zu Antisemitismus hat der Oberbürgermeister Schubert neulich noch einmal bestätigt. Anstatt eine Lösung zu finden, wie man die Stadt aus der tiefen Krise führen kann, spielt Mike Schubert lieber große Politik.

Nach einer monatelangen Prüfung einer möglichen Partnerschaft in der Ukraine, hat er im April 2023 mit dem Bürgermeister vom westukrainischen Iwano-Frankiwsk, Ruslan Martsinkiw, eine Städtepartnerschaft besiegelt. Bemerkenswert ist, dass die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung den Partnerschaftsvertrag am 9. November 2022 abgesegnet hat – am Jahrestag der Reichspogromnacht von 1938, als die Synagoge von Potsdam von den Nazis verwüstet wurde.

Medienberichten zufolge gehört der Bürgermeister Martsinkiw einer bekannten nationalistischen und antisemitischen Partei an, nämlich Swoboda (Freiheit). Die Parteiführung ist bekanntlich mit dem Slogan „Gegen Juden und Moskauer“ aufgetreten. Auch der Bürgermeister Martsinkiw soll sich in der Vergangenheit mehrmals antisemitisch geäußert haben. Und nicht nur. Am 22. April 2020 befahl der Bürgermeister von Iwano-Frankiwsk, Ruslan Martsinkiw, den Polizeibeamten der Stadt, alle Roma und Sinti aus der Stadt in die benachbarte Region Transkarpatien zu bringen. Außerdem besuchte er im Jahr 2020 die Beerdigung von Michail Mulik, dem letzten Angehörigen der SS-Division „Galizien“.

Es mag letztendlich dahinstehen, ob Mike Schubert diese antisemitische Partnerschaft bewusst oder, wegen seiner Unfähigkeit, unbewusst geschlossen hat. Er muss zurücktreten! Die Potsdamer/innen benötigen einen Oberbürgermeister, der diese Stadt aus der Krise führt, und keinen politischen Schauspieler.

Der Oberbürgermeister Schubert nimmt alle Vorwürfe jedoch gelassen und bekräftigt seine antisemitische Partnerschaft. Sein Partner, Ruslan Martsinkiw, soll nunmehr ein von deutschen Steuerzahlern bezahltes und gut erhaltenes Feuerwehr-Löschfahrzeug als Geschenk bekommen. Die antisemitische Partnerschaft muss ja gepflegt werden!

Der Vorstand